Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 551

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

10 — 31109 — 3333/58 — V

Bonn, den 30. September 1958

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 31. März 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das deutsch-französische Forschungsinstitut Saint-Louis

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens mit den Anlagen I bis IV ist in deutscher und französischer Sprache beigefügt.

Federführend sind die Bundesminister für Verteidigung und des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 196. Sitzung am 18. Juli 1958 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Entwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:"

Begründung:

Die Zustimmungsbedürftigkeit ergibt sich aus Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes, da der Gesetzentwurf auch Steuern berührt, die den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließen.

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Die Bundesregierung stimmt diesem Änderungsvorschlag des Bundesrates zu.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 3551

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 31. März 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das deutsch-französische Forschungsinstitut Saint-Louis

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Saint-Louis am 31. März 1958 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das deutsch-französische Forschungsinstitut Saint-Louis und seinen Anlagen I bis IV wird zugestimmt. Das Abkommen wird mit seinen Anlagen nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Vertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Bundesgesetzbl. II S. 1587) an. § 16 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) bleibt unberührt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 14 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

I. Vorbemerkungen

Das Forschungsinstitut Saint-Louis hat eine mehr als fünfzigjährige Geschichte. Dem Deutschen Reich stand in der 1903 in Berlin gegründeten Militärtechnischen Akademie ein Ballistisches Institut zur Verfügung, das von Prof. Dr. Cranz geleitet wurde. Die Militärtechnische Akademie wurde nach dem ersten Weltkrieg aufgelöst. Ihr Ballistisches Institut blieb jedoch bestehen und wurde als Institut für Technische Physik der Technischen Hochschule in Berlin angegliedert. Nach der Emeritierung des Prof. Dr. Cranz im Jahre 1935 wurde in Berlin-Gatow eine Technische Akademie der Luftwaffe mit einem neuen Ballistischen Institut gegründet. In dieses Institut wurden mehrere Mitarbeiter des früheren, von Prof. Dr. Cranz geleiteten Instituts übernommen. Die Leitung des Instituts lag bis 1945 in den Händen von Prof. Dr. Schardin.

Gegen Ende des zweiten Weltkrieges wurde das Institut nach Biberach (Riss) in Württemberg verlagert. Nach der Besetzung durch französische Truppen übernahm es die Französische Republik. Nach der Gesetzgebung des Kontrollrats durfte das Institut seine Tätigkeit in Deutschland nicht weiterführen. Es wurde in Saint-Louis in Frankreich neu aufgebaut. Die Leitung des nunmehr als „Laboratoire des Recherches Techniques de St. Louis" bezeichneten Instituts übernahm ein von der Französischen Republik bestellter französischer Militäringenieur. Diesem untersteht die gesamte Verwaltung, die aus französischem Personal besteht, und die wissenschaftliche Direktion. Die wissenschaftlichen Arbeiten obliegen im wesentlichen den etwa 100 früheren deutschen Mitarbeitern des Instituts unter Leitung des Prof. Dr. Schardin als Directeur Scientifique. Das Institut ist seit 1945 erheblich ausgebaut worden.

Im Hinblick auf die erforderlichen hohen Kosten und bei dem Mangel an Spezialisten ist es z. Z. für einen einzelnen europäischen Staat sehr schwierig, auf dem Gebiet der Grundlagenforschung Fortschritte zu erzielen. Bei dem Mitarbeiterstab solcher Einrichtungen besteht stets die Gefahr einer Abwerbung durch andere Stellen. Um den wissenschaftlichen Mitarbeiterstab des Instituts in Saint-Louis zu erhalten und auf diese Weise die Gefahr eines schwerwiegenden Verlustes auszuschalten, haben sich die Bundesregierung und die Regierung der Französischen Republik entschlossen, das Forschungslaboratorium in Saint-Louis zu einem deutsch-französischen Gemeinschaftsinstitut umzugestalten. Auf diese Weise wird es möglich sein, das Institut zur wirksamen Erfüllung seiner Aufgaben so modern umzugestalten, daß es anderen Instituten auf ballistisch-aerodynamischem Gebiet an die Seite treten kann. Die Regierungen haben sich dabei auch von der Erwägung leiten lassen, daß eine enge Zusammenarbeit der beiden Staaten und der deutschen und französischen Wissenschaftler auf dem Gebiet der Waffenforschung und ihre Zusammenfassung zu einem einheitlichen geschlossenen Forschungsinstitut das deutsch-französische

Verhältnis noch enger gestalten wird. Schließlich steht zu hoffen, daß die beispielhafte Kraft eines solchen Gemeinschaftswerkes sich nicht nur auf das deutsch-französische Verhältnis beschränkt, sondern innerhalb der gesamten Verteidigungsgemeinschaft der Freien Welt wirksam wird.

II. Allgemeine Begründung des Abkommens und seiner Anlagen

Bei dem am 31. März 1958 unterzeichneten Abkommen haben sich die Vertragsparteien von folgenden grundsätzlichen Erwägungen leiten lassen:

1. Rechtsform des Instituts

Ursprünglich war daran gedacht, das Gemeinschaftsinstitut durch ein Regierungsabkommen in der Form einer Société Civile Particulière des französischen Rechts zu gründen, um vor allem anderen Vertragsparteien des Nordatlantikvertrages den Beitritt zu dem Abkommen zu ermöglichen, ohne daß die Zustimmung der deutschen und französischen gesetzgebenden Körperschaften erforderlich ist (vgl. Artikel 13 des Abkommens). Nach französischem Recht bedarf jedoch die Übertragung des Vermögens des Laboratoire des Recherches Techniques de St. Louis auf das deutsch-französische Gemeinschaftsinstitut auf jeden Fall der Zustimmung der französischen gesetzgebenden Körperschaften. Vor allem aus diesem Grunde wurde das Institut als juristische Person gegründet, die sowohl nach deutschem als auch nach französischem Recht Rechtspersönlichkeit besitzt. Diese Rechtsform erscheint auch für die Lösung der Personalfragen zweckdienlich. Schließlich besteht so auch auf anderen Gebieten die Möglichkeit, die deutsche und französische innerstaatliche Gesetzgebung zu ändern und auf diese Weise die Rechtslage des Instituts zweckentsprechend zu gestalten.

2. Organe des Instituts

Organe des Instituts sollen ein Verwaltungsrat und zwei Direktoren sein. Der Verwaltungsrat soll aus je drei deutschen und französischen Regierungsvertretern bestehen, die von ihren Regierungen jeweils für drei Jahre bestellt werden, aber jederzeit abberufen werden können. Von den beiden gleichberechtigten Direktoren soll einer deutscher und der andere französischer Staatsangehöriger sein. Die ursprüngliche Absicht, einen wissenschaftlichen Beirat als weiteres selbständiges Organ des Instituts zu schaffen, ist aus Gründen der Kostenersparnis fallengelassen worden. Der in dem Abkommen vorgesehene wissenschaftliche Beirat wird dem Verwaltungsrat angegliedert; der Verwaltungsrat kann sich seiner, soweit erforderlich, bedienen. Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats werden nur ehrenamtlich herangezogen.

3. Finanzielle Regelung

Die Leistungen, zu denen die Vertragsparteien verpflichtet sein sollen, sind gleich bemessen. Die Französische Republik überträgt dem Institut alle Vermögenswerte, die gegenwärtig zum Forschungslaboratorium St. Louis gehören. Die Bundesrepublik Deutschland zahlt an das Institut einen Beitrag in Höhe der von der Französischen Republik einzubringenden Vermögenswerte. Dieser Betrag soll dem Ausbau des Instituts dienen (Artikel 3 des Abkommens).

Im laufenden Betrieb des Instituts trägt jede Vertragspartei die Hälfte der erforderlichen Investitions- und Betriebskosten, soweit die aus der Tätigkeit des Instituts anfallenden Mittel nicht ausreichen.

III. Begründung der einzelnen Artikel

1. Abkommen

Nach der *Präambel* ist es Zweck des Abkommens, eine enge Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen und technischen Forschung und Entwicklung auf dem Gebiete des Waffenwesens herbeizuführen und dadurch die gemeinsame Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zu stärken. Wie sich aus Artikel 1 Nr. 1 des Abkommens ergibt, dient das Institut der Forschung und wissenschaftlichen Untersuchungen sowie grundlegenden Vorentwicklungen auf dem Gebiete des Waffenwesens.

Durch *Artikel 1* Nr. 1 bis 3 wird das Institut als neue juristische Person gegründet, die sowohl nach deutschem als auch nach französischem Recht Rechtspersönlichkeit besitzt. Artikel 1 Nr. 4 enthält die Bestimmungen über die Rechtsquellen, nach denen sich die Rechtsverhältnisse des Instituts regeln. In Artikel 1 Nr. 5 werden die finanziellen Leistungen der Vertragsparteien an das Institut festgelegt (vgl. oben Ziffer II Nr. 3).

Die Bestimmungen des *Artikels 2* bezwecken einen Schutz des Instituts gegen Beschlagnahme und ähnliche Eingriffe.

Artikel 3 legt die ursprünglichen Verpflichtungen der Vertragsparteien gegenüber dem Institut fest (vgl. oben Ziffer II Nr. 3). Durch Artikel 3 Nr. 3 wird sichergestellt, daß die Kosten, die die Bundesrepublik Deutschland vor Inkrafttreten des Abkommens für im Forschungsinstitut Saint-Louis aufgestellte Geräte getragen haben sollte, auf den deutschen Beitrag angerechnet werden.

Artikel 4 trifft die grundsätzliche Regelung über die Organe des Instituts (vgl. oben Ziffer II Nr. 3), die in der Anlage I des Abkommens im einzelnen festgelegt wird. Nach Artikel 4 Abs. 4 sind die Amtssprachen des Instituts Deutsch und Französisch.

Durch *Artikel 5* werden Zollfreiheit usw. festgelegt, wie sie in einschlägigen Abkommen üblich sind.

Artikel 6 begründet ein Kontrollrecht der französischen Zollbehörden.

Artikel 7 stellt das Institut grundsätzlich von allen direkten Steuern frei und legt die Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben im einzelnen fest.

Artikel 8 bestimmt, daß das Institut im Rahmen der deutschen und französischen Außenhandels- und Devisenvorschriften eine möglichst großzügige Behandlung erfahren soll.

Artikel 9 Nr. 1 enthält die erforderlichen Bestimmungen über den Schutz von Staats- und Amtsgeheimnissen sowie von Verschlußsachen, über die Sicherheitsüberprüfung des Institutspersonals und über den Schutz des Instituts entsprechend den französischen Bestimmungen über den Schutz militärischer Einrichtungen. Artikel 9 Nr. 2 bestimmt in Anlehnung an das deutsche Arbeitnehmererfindungsgesetz vom 25. Juli 1957 (BGBl. I S. 756), wie Arbeitnehmererfindungen der Institutsbediensteten zu behandeln sind. Außerdem werden die erforderlichen Bestimmungen über den Schutz und die Verwertung von Erfindungen festgelegt. Von Bedeutung ist dabei insbesondere, daß Entwicklungen, Forschungen, Entdeckungen und Erfindungen, die aus den Arbeiten des Instituts hervorgehen, den Vertragsparteien unentgeltlich überlassen werden, soweit sie nach übereinstimmender Auffassung beider Vertragsparteien für bestimmte Zwecke der Landesverteidigung benötigt werden. Um das Institut nach Möglichkeit von Zuschüssen der Vertragsparteien freizustellen, wird dagegen festgelegt, daß in allen anderen Fällen die Überlassung nur gegen Entgelt erfolgt. Der letzte Absatz des Artikels 9 ist erforderlich, weil bei Unterstellung von Schutzrechten und Schutzrechtsanmeldungen unter Geheimschutz nur nach französischem, nicht dagegen nach deutschem Recht eine Entschädigung vorgesehen ist.

Die Bestimmung des *Artikels 10* über die Finanzkontrolle wird durch die Anlage II des Abkommens, die des *Artikels 11* über das Schiedsverfahren durch die Anlage IV des Abkommens ausgefüllt. Anlage IV regelt das Verfahren einer schiedsrichterlichen Beilegung etwaiger Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Auslegung und Anwendung des Abkommens und seiner Anlagen I, II und III.

Artikel 12 enthält die erforderliche Regelung über die Auflösung des Instituts auf Grund einer Kündigung und durch gütliche Vereinbarung der Vertragsparteien. Die Einzelbestimmungen über die Liquidation ergeben sich aus der Anlage III.

Artikel 13 befaßt sich mit der Frage des Beitritts dritter Staaten. Eine konkretere Fassung konnte nicht gewählt werden, da bei einem Beitritt anderer Staaten die Bestimmungen des Abkommens und seiner Anlage I abgeändert werden müssen, so daß eine Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erforderlich ist.

Artikel 14 enthält die üblichen Schlußbestimmungen über die Ratifizierung und das Inkrafttreten.

2. Anlage I

Artikel 1 bis 3 regeln die Zusammensetzung des Verwaltungsrates und seine Tätigkeit sowie die Bestellung eines Präsidenten und Vizepräsidenten.

Artikel 3 Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 2 Abs. 4 wollen sicherstellen, daß der Verwaltungsrat in dringenden Fällen binnen drei Tagen zu einer Sondersitzung einberufen werden kann und daß der Verwaltungsrat, falls er in dieser Sitzung nicht beschlußfähig ist, in einer kurzfristig einberufenen neuen Sitzung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig ist.

Artikel 4 umschreibt die Aufgaben des Verwaltungsrates. Nach Artikel 4 Abs. 1 Nr. 6 ist zwar bei Anstellungsverträgen eine Beschlußfassung des Verwaltungsrates unter dem Gesichtspunkt des Abschlusses von Verträgen im Werte von über 10 Millionen ffrs. ausgeschlossen. Gemäß Artikel 4 Abs. 1 Nr. 2 kommt jedoch eine Beschlußfassung des Verwaltungsrates über den Stellenplan und die Personalordnung in Betracht. Außerdem sieht Artikel 5 Nr. 3 vor, daß die Direktoren Institutspersonal nur einstellen, einstufen und entlassen können, soweit sie vom Verwaltungsrat ermächtigt werden. Der Verwaltungsrat hat somit entscheidenden Einfluß auf den Abschluß und die Gestaltung von Anstellungsverträgen.

Artikel 5 enthält die Bestimmungen über die beiden Direktoren.

Die *Artikel 6 bis 8* befassen sich mit dem wissenschaftlichen Beirat, die *Artikel 9 bis 15* mit den Finanzen des Instituts.

3. Anlagen II und III

Die *Artikel 1 bis 3* beider Anlagen ergänzen die entsprechenden Artikel des Abkommens (Artikel 10 und 12 Abs. 4).

4. Anlage IV

Die Bestimmung enthält die Einzelregelung zu Artikel 11 des Abkommens.

IV. Begründung des Entwurfs eines Zustimmungsgesetzes

Zu Artikel 1

Das Abkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften, weil Gegenstände der Bundesgesetzgebung berührt werden.

Zu Artikel 2

Das Abkommen bezieht sich auf Gegenstände, für deren Regelung im Saarland während der Übergangszeit Frankreich zuständig ist. Das Gesetz enthält daher eine entsprechende Saar-Klausel.

Das Abkommen, das sich auf die Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiete des Waffenwesens bezieht, kann in Berlin wegen der alliierten Vorbehalte im Berlin-Statut keine Anwendung finden.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung in Absatz 1 entspricht dem Erfordernis von Artikel 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Auch das völkerrechtliche Inkrafttreten des Abkommens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das deutsch-französische Forschungsinstitut Saint-Louis

Convention entre la République Fédérale d'Allemagne et la République Française relative à l'Institut germano-français de recherches de Saint-Louis

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK

IN DEM WUNSCH, eine enge Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen und technischen Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet des Waffenwesens herbeizuführen und dadurch die gemeinsame Verteidigung ihrer Länder zu stärken,

HABEN BESCHLOSSEN, zu diesem Zweck ein Abkommen zu schließen, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

Herrn Franz-Josef Strauß,
Bundesminister für Verteidigung,

Der Präsident der Französischen Republik

Herrn Jacques Chaban-Delmas
Minister für Nationale Verteidigung;

diese sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

1. Die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik, im folgenden als Vertragsparteien bezeichnet, kommen überein, gemäß diesem Abkommen und seinen Anlagen gemeinsam ein Institut für Forschung sowie für wissenschaftliche Untersuchungen und grundlegende Vorentwicklungen auf dem Gebiet des Waffenwesens zu betreiben.

2. Zu diesem Zweck wird durch dieses Abkommen eine Einrichtung für wissenschaftliche Forschung ohne Erwerbszweck gegründet, die den Namen trägt: „Deutsch-französisches Forschungsinstitut Saint-Louis", im folgenden als „Institut" bezeichnet; der Sitz des Instituts ist Saint-Louis (Haut-Rhin).

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

et

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

DÉSIREUX de réaliser une étroite coopération en ce qui concerne les recherches et études tant scientifiques que techniques dans le domaine de l'armement et de renforcer ainsi la défense commune de leur pays,

ONT DÉCIDÉ de conclure une Convention à cette fin et ont désigné comme leurs plénipotentiaires:

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne,

Monsieur Franz Josef Strauss,
Ministre fédéral de la Défense,

Le Président de la République Française,

Monsieur Jacques Chaban-Delmas
Ministre de la Défense Nationale;

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions qui suivent:

Article 1er

1. – La République Fédérale d'Allemagne et la République Française ci-après dénommées parties contractantes conviennent d'exploiter en commun un Institut de Recherches et d'Etudes Scientifiques et Techniques fondamentales d'Armement conformément aux dispositions de la présente convention et de ses annexes.

2. – A cet effet, il est créé par la présente convention un établissement de recherches scientifiques à but non lucratif qui prend le nom d'Institut Germano-Français de Recherches de Saint-Louis, ci-après dénommé l'Institut, dont le siège est à Saint-Louis, Haut-Rhin.

3. Das Institut hat im Hoheitsgebiet der beiden Vertragsparteien Rechtspersönlichkeit und besitzt dort die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen der Vertragsparteien zuerkannt wird; es kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht klagen und verklagt werden.

4. Die Rechtsverhältnisse des Instituts regeln sich nach den Bestimmungen dieses Abkommens und der beigefügten Satzung, den Bestimmungen der im Hinblick auf die Arbeit des Instituts geschlossenen Vereinbarungen sowie dem örtlichen Recht, soweit es dem Abkommen, der Satzung und den Vereinbarungen nicht entgegensteht.

5. Soweit die aus der Tätigkeit des Instituts anfallenden Mittel nicht ausreichen, trägt jede Vertragspartei die Hälfte der Investitions- und Betriebskosten.

3. – L'Institut a la personnalité juridique sur le territoire des deux parties contractantes et y jouit de la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales des parties contractantes; il peut notamment acquérir et aliéner des biens immobiliers et mobiliers et ester en justice.

4. – L'Institut et les opérations qu'il effectue sont régis par la présente convention et les statuts y annexés, par les dispositions des actes conclus en vue du fonctionnement de l'Institut et par le droit local dans la mesure où il n'est pas contraire à ces conventions, statuts et actes.

5. – Indépendamment des ressources propres provenant de l'activité de l'établissement, chaque partie contractante contribuera pour moitié aux dépenses d'investissement et aux dépenses de fonctionnement.

Artikel 2

1. Die Vermögenswerte und Guthaben des Instituts, welcher Rechtsnatur sie im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien auch sein mögen, unterliegen nicht der Beschlagnahme.

2. Vorbehaltlich der Nummern 3 und 4 dieses Artikels sowie des Artikels 6 können die französischen Staatsbediensteten die Räumlichkeiten in Ausübung ihrer Dienstbefugnisse nur mit Zustimmung oder auf Ersuchen der Direktoren betreten. Die Archive können nur mit Zustimmung der Direktoren Gegenstand einer Durchsuchung oder Einsichtnahme sein.

3. Die Räumlichkeiten des Instituts dürfen Personen, die zwecks Vollstreckung einer gerichtlichen Strafe gesucht oder auf frischer Tat verfolgt werden oder gegen die von den zuständigen französischen Behörden ein Haftbefehl erlassen oder ein Ausweisungsbefehl ergangen ist, nicht als Asyl dienen.

4. Die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen werden nur im Interesse des Instituts gewährt und dürfen den Bediensteten des Instituts nicht zum persönlichen Vorteil gereichen.

Article 2

1. – Les biens et avoirs de l'Institut, quelle que soit leur situation juridique sur les territoires respectifs des deux parties contractantes, sont insaisissables.

2. – Sous réserve des dispositions des paragraphes 3 et 4 du présent article et de celles de l'article 6, les agents ou fonctionnaires français ne pourront pénétrer dans les locaux pour y exercer leurs fonctions officielles qu'avec le consentement ou sur la demande des Directeurs. Les archives ne pourront faire l'objet d'examen ou de communication qu'avec le consentement des Directeurs.

3. – Les locaux de l'Institut ne pourront servir de refuge à une personne qui serait recherchée pour l'exécution d'une décision répressive de justice ou poursuivie pour flagrant délit, ou contre laquelle un mandat de justice aura été décerné ou un arrêté d'expulsion pris par les autorités françaises compétentes.

4. – Les immunités prévues au présent article sont accordées dans le seul intérêt de l'Institut et ne pourront donner aucun avantage personnel aux agents de l'Institut.

Artikel 3

1. Die Französische Republik überträgt dem Institut alle Vermögenswerte, die gegenwärtig zum technischen Forschungslaboratorium Saint-Louis gehören, einschließlich aller Unterlagen und Ergebnisse der bisherigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten.

2. Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, dem Institut einen Betrag in Höhe der in Nummer 1 bezeichneten Vermögenswerte zu zahlen, und zwar

— die Hälfte des Wertes binnen sechs Monaten,

— den Rest in drei gleichen Teilbeträgen binnen neun, zwölf und fünfzehn Monaten

nach Inkrafttreten dieses Abkommens.

Dieser Betrag dient der Ausgestaltung des Instituts in Durchführung der Beschlüsse des Verwaltungsrats gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen über die Haushaltsführung und Rechnungslegung.

Article 3

1. – La République Française affecte à l'Institut tous les biens constituant actuellement son Laboratoire de recherches techniques de Saint-Louis, ainsi que les documents et résultats des recherches et des études effectuées jusqu'à présent.

2. – La République Fédérale d'Allemagne s'engage à verser à l'Institut, selon les modalités indiquées ci-après, une somme égale à la valeur des biens visés au paragraphe ci-dessus:

— la moitié de cette somme au plus tard 6 mois après l'entrée en vigueur de la présente convention,

— le solde, en 3 versements égaux à effectuer au plus tard 9, 12 et 15 mois après l'entrée en vigueur de la convention.

Cette somme sera affectée au développement des investissements de l'Institut en exécution des décisions du Conseil d'Administration conformément aux règles budgétaires et comptables fixées par la présente convention et ses annexes.

3. Falls die Bundesrepublik Deutschland bereits vor Inkrafttreten dieses Abkommens die Kosten für im Forschungslaboratorium Saint-Louis aufgestellte Geräte getragen hat, verringert sich der vorgesehene Zahlungsbetrag um den Zeitwert der Geräte. Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, diese Geräte dem Institut als Sacheinlage zu übereignen.

4. Die Bewertung der in den Nummern 1 und 3 bezeichneten Vermögenswerte erfolgt auf der Grundlage einer bei der Gründung des Instituts aufzustellenden Bilanz; diese wird durch eine Kommission aufgestellt, die sich aus je zwei von ihrer Regierung benannten Vertretern jeder Vertragspartei zusammensetzt. Sobald die beiden Regierungen von den Arbeiten der Kommission Kenntnis genommen haben, setzen sie gemeinsam den von der Bundesrepublik Deutschland zu zahlenden Betrag fest.

Artikel 4

Die Organe des Instituts sind:

a) der Verwaltungsrat,

b) zwei Direktoren, von denen einer deutscher und der andere französischer Staatsangehöriger ist.

Der Verwaltungsrat kann sich, soweit erforderlich, eines wissenschaftlichen Beirats bedienen.

Zusammensetzung und Aufgaben der Organe sind in der diesem Abkommen beigefügten Satzung festgelegt.

Die Amtssprachen des Instituts sind Deutsch und Französisch.

Artikel 5

1. Die für die Bau- und Einrichtungsarbeiten, für die Anlagen und für die Entwicklungs- und Forschungsarbeiten des Instituts bestimmten Baumaterialien, Waren und Geräte, deren Ursprungs- und Herkunftsland die Bundesrepublik Deutschland ist, sind bei ihrer Einfuhr nach Frankreich vorbehaltlich der von den zuständigen französischen Behörden für unerläßlich erachteten Kontrollmaßnahmen von sämtlichen Zöllen und sonstigen Abgaben an den Zoll außer den Abgaben für Dienstleistungen befreit.

2. Das für die Durchführung der Bau- und Einrichtungsarbeiten und für die Arbeiten an den Anlagen des Instituts bestimmte ausländische Material wird nach den allgemeinen Rechtsvorschriften über die vorübergehende Einfuhr nach Frankreich behandelt.

3. Die Bediensteten des Instituts sind bei ihrer ersten Niederlassung in Frankreich hinsichtlich ihrer Möbel, persönlichen Gebrauchsgegenstände und sonstigen gebrauchten Haushaltsgegenstände von der Entrichtung von Zöllen und sonstigen Abgaben an den Zoll außer den Abgaben für Dienstleistungen befreit.

4. Waren, die auf Grund dieses Artikels zollfrei eingeführt werden, dürfen im gesamten französischen Zollgebiet weder entgeltlich noch unentgeltlich überlassen oder verliehen werden, ohne daß vorher die Zölle und sonstigen Abgaben an den Zoll nach den im Zeitpunkt der Überlassung oder Leihe geltenden Sätzen entrichtet werden.

5. Die Einfuhr von Gegenständen in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt ohne Erhebung von Zöllen und sonstigen Abgaben an den Zoll, soweit sie aus der Forschungs- und Entwicklungsarbeit des Instituts stammen oder soweit es sich um die Wiederausfuhr der in diesem Artikel bezeichneten Waren handelt.

3. – Dans le cas où la République Fédérale d'Allemagne aurait, avant la date d'entrée en vigueur de la présente convention, supporté la charge d'appareils installés au Laboratoire de Recherches de Saint-Louis, le montant du versement prévu serait réduit de la valeur actuelle de ces appareils. Elle s'engage à faire apport à l'Institut de ces appareils.

4. – Il sera procédé à l'évaluation des biens visés aux paragraphes 1 et 3 sur la base du bilan qui sera établi à la date de la création de l'Institut par une commission composée de deux membres de chaque nationalité nommés par leur Gouvernement respectif. Les deux Gouvernements, ayant pris connaissance des travaux de la commission, arrêteront d'un commun accord le montant de la somme qui sera versée par la République Fédérale d'Allemagne.

Article 4

L'organisation de l'Institut comprend:

a) Un Conseil d'Administration

b) Deux Directeurs, l'un allemand, l'autre français.

Le Conseil d'Administration dispose en tant que de besoin d'un Conseil consultatif des recherches et études.

Les statuts annexés à la présente convention fixent la composition et le rôle de ces différents organes.

Les langues officiellement utilisées sont l'allemand et le français.

Article 5

1. – Les matériaux, produits et matériels divers en provenance et originaires de la République Fédérale d'Allemagne et destinés aux travaux de construction et d'aménagement, aux installations, aux études et aux recherches de l'Institut bénéficient, lors de leur importation en France et sous réserve des mesures de contrôle jugées indispensables par les autorités compétentes françaises, de l'exonération de tous droits et taxes de douanes autres que les taxes représentatives de services rendus.

2. – Les matériels étrangers destinés à la réalisation des travaux de construction, aménagement et installations de l'Institut bénéficient de l'importation temporaire en France dans les conditions du droit commun.

3. – Les agents de l'Institut bénéficient, lors de leur premier établissement en France, de la franchise des droits et taxes de douane autres que les taxes représentatives de services rendus, pour leurs meubles, effets et autres objets ménagers personnels usagés.

4. – Les marchandises admises en franchise de douane, en application des dispositions du présent article, ne peuvent être cédées ou prêtées sur toute l'étendue du territoire douanier français, à titre gratuit ou onéreux, sans avoir acquitté les droits et taxes de douane au taux en vigueur au moment de la cession ou du prêt.

5. – L'importation sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne d'objets provenant des recherches et études de l'Institut ou de la réexportation éventuelle des marchandises visées au présent article s'effectuent en franchise des droits et taxes de douane.

Artikel 6

Die französischen Zollbehörden sind ermächtigt, die Räumlichkeiten des Instituts auf das Vorhandensein der in Artikel 5 Nr. 1 bezeichneten Materialien und Geräte zu überprüfen. Die Kontrollen dürfen nur in Gegenwart eines von den Direktoren bestimmten Institutsbediensteten vorgenommen werden.

Artikel 7

Unbeschadet der Zollvorschriften des Artikels 5 ist das Institut von allen direkten Steuern befreit. Es entrichtet jedoch entsprechend den allgemeinen Rechtsvorschriften

1. die für das Personal abzuführende Lohnsteuer (versement forfaitaire . . .),
2. die für andere Körperschaften als den Staat zu entrichtenden Steuern und Abgaben,
3. die Abgaben, die lediglich eine einfache Vergütung für öffentliche Dienstleistungen darstellen.

Das Institut ist von allen Gebühren und Abgaben befreit, die bei Erwerb von betriebsnotwendigen Grundstücken zu entrichten sind.

Artikel 8

Die Regierungen der Vertragsparteien treffen im Rahmen ihrer Außenhandels- und Devisenvorschriften die erforderlichen Maßnahmen, um die Genehmigungen zur Durchführung der Handels- und Finanzgeschäfte des Instituts und der damit zusammenhängenden Regelungen in möglichst großzügiger Weise zu erteilen.

Artikel 9

1. Die Vertragsparteien verpflichten sich, auf alle Entwicklungen, Forschungen, Entdeckungen und Erfindungen, die im Institut gemacht werden oder bekannt sind, die Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend den Schutz von Staats- und Amtsgeheimnissen und von Verschlußsachen anzuwenden.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Sicherheitsüberprüfung des Institutspersonals ihrer Staatsangehörigkeit durchzuführen und sich dabei gegenseitig zu unterstützen.

Die Französische Republik verpflichtet sich, auf das Institut die Rechts- und Verwaltungsvorschriften über den Schutz militärischer Einrichtungen anzuwenden.

2. Alle neuen Entdeckungen und Erfindungen, die auf den von den Institutsbediensteten in Erfüllung ihrer beruflichen Verpflichtungen durchgeführten Entwicklungs- und Forschungsarbeiten beruhen, sind Eigentum des Instituts.

Das Institut sichert sich sein Recht und schützt es durch den Erwerb von Patenten oder anderen gesetzlichen Schutzrechten in allen Ländern, in denen dies zweckmäßig erscheint.

Die Bediensteten des Instituts haben jedoch einen Anspruch auf Anerkennung ihrer Eigenschaft als Erfinder und auf eine angemessene Vergütung, bei deren Bemessung maßgebend sind

- die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Erfindung,
- die Aufgaben des Erfinders im Institut, und die Bezüge, die er für seine Tätigkeit erhält,
- der Anteil an dem Zustandekommen der Erfindung.

Ist eine Erfindung für die Landesverteidigung von Bedeutung, so treffen die Vertragsparteien gemäß ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Erfindungen, die

Article 6

Dans l'enceinte de l'Institut, les autorités douanières françaises sont autorisées à contrôler la présence des matériaux et matériels visés au paragraphe 1 de l'article 5. Les contrôles sont effectués en présence d'un agent de l'Institut désigné par les Directeurs.

Article 7

Indépendamment des dispositions de l'article 5 relatives au régime douanier, l'Institut est exonéré de tous impôts directs. Toutefois, il acquitte dans les conditions du droit commun:

1) le versement forfaitaire afférent aux salaires payés à son personnel,
2) les impôts et taxes perçus au profit des collectivités autres que l'État,
3) les taxes qui ne constituent que la simple rémunération de services d'utilité générale.

L'Institut est exonéré de tous droits et taxes dus à l'occasion des acquisitions de biens immobiliers nécessaires à son fonctionnement.

Article 8

Les Gouvernements parties à la présente convention prennent, dans le cadre de leur réglementation du commerce extérieur et des changes, les mesures nécessaires pour délivrer dans l'esprit le plus libéral les autorisations permettant l'exécution des opérations commerciales ou financières de l'Institut et des règlements correspondants.

Article 9

1. – Les parties contractantes s'engagent à appliquer à toute étude, recherche, découverte et invention faites ou connues à l'Institut, les dispositions législatives et réglementaires relatives aux atteintes à la sûreté de l'État, à la protection du secret professionnel et des documents classifiés.

Les parties contractantes s'engagent à effectuer les enquêtes de sécurité concernant les personnels de l'Institut qui sont leurs ressortissants et à se prêter assistance dans ce domaine.

La République Française s'engage à appliquer à l'Institut les dispositions législatives et réglementaires relatives à la protection des établissements militaires.

2. – Toute nouvelle découverte ou invention qui résulte des études et recherches poursuivies par les agents de l'Institut lors de l'accomplissement de leurs obligations professionnelles est la propriété de l'Institut.

L'Institut s'assure et protège cette propriété par l'obtention de brevets d'invention ou de tout autre titre de protection légale dans tous les pays où cette protection paraît utile.

Toutefois les agents de l'Institut ont droit à la reconnaissance de leur qualité d'inventeur et à une juste indemnité, qui doit être fixée en tenant compte:

- de la valeur économique de l'invention,
- des fonctions dévolues à l'inventeur au sein de l'Institut, et des rémunérations, qu'il perçoit au titre de ses fonctions,
- du degré de dépendance de l'invention.

Lorsqu'une invention intéresse la défense nationale, les deux parties contractantes s'engagent à prendre les mesures nécessaires pour la mise au secret de la de-

für die Landesverteidigung von Bedeutung sind, die erforderlichen Maßnahmen für die Geheimhaltung des in den beiden Staaten eingereichten Patentantrags und des erteilten Patents. In diesem Fall können das Institut oder der Erfinder nach Herbeiführung des Einvernehmens der Vertragsparteien die Genehmigung erhalten, auch in bestimmten anderen Ländern Patentanträge zu stellen, soweit dort der Geheimschutz der Erfindung gewährleistet ist.

Die aus den Arbeiten des Instituts hervorgehenden Entwicklungen, Forschungen, Entdeckungen und Erfindungen werden ohne Rücksicht darauf, ob sie unter Geheimschutz stehen, den Vertragsparteien mitgeteilt und unentgeltlich überlassen, soweit sie nach übereinstimmender Auffassung beider Vertragsparteien für bestimmte Zwecke der Landesverteidigung benötigt werden.

In allen anderen Fällen bedarf die Überlassung der Genehmigung beider Vertragsparteien und erfolgt nur gegen Entgelt.

Das Institut kann keine Bestimmung des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien für sich in Anspruch nehmen, um von diesen eine Entschädigung für die Unterstellung seiner Schutzrechte und Schutzrechtanmeldungen unter Geheimschutz zu verlangen.

Artikel 10

Die Finanzkontrolle wird von einer Kommission ausgeübt; die Regierung jeder Vertragspartei ernennt je zwei ihrer Staatsangehörigen zu Mitgliedern dieser Kommission.

Aufgaben und Befugnisse der Kommission ergeben sich aus der Anlage II zu diesem Abkommen.

Artikel 11

Jede Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens und seiner Anlagen I, II und III, die sich nicht durch unmittelbare Verhandlungen beilegen läßt, kann dem in der Anlage IV zu diesem Abkommen vorgesehenen Verfahren unterworfen werden.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Entscheidungen des Schiedsgerichts anzuerkennen.

Artikel 12

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann erst nach Ablauf von drei Jahren nach seinem Inkrafttreten von den Vertragsparteien gekündigt werden.

Die Auflösung des Instituts erfolgt auf Grund einer Kündigung, die nur mit einer Mindestfrist von sechs Monaten zum 30. Juni oder 31. Dezember zulässig ist.

Das Institut kann außerdem durch gütliche Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien aufgelöst werden.

Die Bestimmungen über die Liquidation des Instituts ergeben sich aus der Anlage III.

Artikel 13

Die Regierungen der Vertragsparteien werden sich miteinander ins Benehmen setzen, um dritten Staaten, die Vertragsparteien des Nordatlantikvertrages sein müssen, den Beitritt zu diesem Abkommen zu ermöglichen.

mande de brevet déposée dans les deux pays et du brevet délivré, conformément aux dispositions de leur droit interne respectif, relatives aux inventions intéressant la défense nationale. Dans ce cas, après accord des deux parties contractantes, l'Institut ou l'inventeur peuvent être autorisés à formuler également des demandes de brevet dans certains autres pays, sous réserve du maintien au secret de l'invention dans ces pays.

Les études, recherches, découvertes et inventions résultant des travaux de l'Institut, qu'elles aient fait ou non l'objet d'une mise au secret, sont portées à la connaissance des parties contractantes et leur sont concédées à titre gratuit sous réserve qu'il s'agisse de satisfaire des besoins définis, d'un commun accord, comme besoins de défense nationale.

Dans tous les autres cas, la concession exige un accord des deux parties contractantes et ne peut être effectuée à titre gratuit.

L'Institut ne peut se prévaloir d'aucune disposition du droit interne respectif des deux États contractants pour réclamer à ceux-ci une indemnité pour la mise au secret de ses titres de protection légale et demandes de tels titres.

Article 10

Le contrôle financier est exercé par une commission composée de deux membres de chaque nationalité désignés par leur Gouvernement respectif.

Les attributions de cette Commission font l'objet de l'annexe no. II.

Article 11

Tout différend entre les parties contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente convention et de ses annexes I, II et III qui ne pourrait être réglé par voie de négociation directe pourra être soumis à la procédure prévue à l'annexe IV de la présente convention.

Les deux parties contractantes s'engagent à se conformer aux décisions du tribunal arbitral.

Article 12

La présente convention conclue pour une durée indéterminée ne pourra être dénoncée par l'une des deux parties contractantes que trois ans après sa mise en vigueur.

La dissolution de l'Institut aura lieu le 30 juin ou le 31 décembre suivant la date de dénonciation sous réserve d'un délai minimum de six mois entre les dates de dénonciation et de dissolution.

La dissolution de l'Institut pourra également résulter d'un accord amiable entre les deux parties contractantes.

Les conditions de la liquidation de l'Institut sont prévues à l'annexe III.

Article 13

Les Gouvernements des parties contractantes se consulteront pour permettre l'adhésion à la présente convention d'États tiers qui devront être parties au Traité de l'Atlantique Nord.

Artikel 14

Dieses Abkommen einschließlich seiner Anlagen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Saint-Louis am 31. März 1958 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 14

La présente convention y compris ses annexes sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés le plus tôt possible à Bonn.

Elle entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires soussignés ont signé la présente convention et l'ont revêtue de leurs sceaux.

FAIT à Saint-Louis le 31. Mars 1958 en deux exemplaires dont chacun est rédigé en allemand et en français, les deux textes faisant également foi.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

Pour la
République Fédérale d'Allemagne
signé:

Franz-Josef Strauß

Für die
Französische Republik
gezeichnet:

Pour la
République Française
signé:

Chaban-Delmas

Anlage I

Satzung

Kapitel I

Der Verwaltungsrat

Artikel 1

Der Verwaltungsrat besteht aus drei deutschen und drei französischen Mitgliedern, die von ihren Regierungen bestellt werden.

Die Amtszeit der Mitglieder beträgt drei Jahre, sofern sie ihre Regierung nicht abruft. Eine erneute Bestellung ist zulässig.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten vom Institut keine Entschädigung oder Vergütung.

Der Verwaltungsrat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

Artikel 2

Der Präsident des Verwaltungsrats wird von dessen Mitgliedern für ein Jahr gewählt; sein Amt wird abwechselnd von einem deutschen oder französischen Staatsangehörigen wahrgenommen. Er muß bei seiner Wahl Mitglied des Verwaltungsrats sein.

Der Rat bestellt ferner aus seinen Mitgliedern einen Vizepräsidenten anderer Staatsangehörigkeit als der des Präsidenten.

Artikel 3

1. Der Verwaltungsrat tritt zweimal jährlich nach Einberufung durch seinen Präsidenten am Sitz des Instituts zu einer ordentlichen Sitzung zusammen; er tritt ferner zusammen, wenn das Interesse des Instituts und dienstliche Belange dies erfordern.

Der Präsident ist außerdem auf Verlangen von mindestens der Hälfte der Mitglieder verpflichtet, den Verwaltungsrat zu einer Sitzung einzuberufen; diese hat binnen drei Tagen nach dem Tage stattzufinden, an dem dem Präsidenten das Verlangen zugeht.

Allen Mitgliedern des Verwaltungsrats muß eine vollständige Tagesordnung zugehen; diese muß mindestens die Punkte umfassen, deren Erörterung von der Hälfte der Mitglieder verlangt wird. Bei ordentlichen Sitzungen muß die Tagesordnung allen Mitgliedern des Verwaltungsrats mindestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin zugehen.

Zu seiner ersten Sitzung wird der Verwaltungsrat von den Regierungen der Vertragsparteien einberufen.

2. Der Verwaltungsrat ist nur beschlußfähig, wenn mindestens zwei ordentliche Vertreter jeder Vertragspartei an der Sitzung teilnehmen.

Ein abwesendes Mitglied kann sein Stimmrecht einem anderen Mitglied gleicher Staatsangehörigkeit übertragen.

Ist der Verwaltungsrat nicht beschlußfähig, so wird er mit der gleichen Tagesordnung zu einer neuen Sitzung einberufen; zwischen dieser und der ersten Sitzung müssen mindestens drei volle Tage liegen.

In der neuen Sitzung ist der Verwaltungsrat in jedem Fall beschlußfähig.

Annexe I

Statuts

Chapitre Ier

Le Conseil d'Administration

Article 1er

Le Conseil d'Administration est composé de trois membres allemands et de trois membres français désignés par leur Gouvernement respectif.

La durée du mandat des membres est de trois ans à moins qu'il soit mis fin à leur mission par leur Gouvernement respectif. Le mandat est renouvelable.

Les membres du Conseil ne reçoivent de l'Institut ni indemnité ni rémunération.

Le Conseil peut établir un règlement intérieur.

Article 2

Le Président du Conseil d'Administration élu pour un an par les membres du Conseil d'Administration est alternativement allemand ou français. Il doit lors de son élection être membre du Conseil.

Le Conseil désigne également parmi ses membres un vice-président de nationalité différente de celle du Président.

Article 3

1. – Le Conseil d'Administration se réunit au siège de l'Institut sur la convocation de son Président deux fois par an en session normale et plus souvent si l'intérêt de l'Institut et les besoins du service l'exigent.

Le Président est en outre tenu de le réunir au plus tard dans les 3 jours s'il y est invité par la moitié au moins des membres.

Un ordre du jour limitatif mentionnant au minimum les points dont la discussion est demandée par la moitié des membres doit être communiqué à tous les membres. Pour les sessions normales, cette communication doit être faite deux semaines avant la date de la séance.

La première réunion du Conseil d'Administration est provoquée par les deux Gouvernements.

2. – Le Conseil ne peut valablement délibérer que lorsque deux au moins des membres en exercice de chaque nationalité assistent à la séance.

Le droit de vote d'un membre absent peut être délégué par lui à un autre membre de même nationalité.

Si le quorum n'est pas atteint, le Conseil devra être convoqué avec le même ordre du jour à une nouvelle séance qui devra être séparée de la première par un intervalle de trois jours francs au moins.

Le Conseil peut alors valablement délibérer même si le quorum n'est pas atteint.

3. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.

4. Der Verwaltungsrat übersendet die Sitzungsprotokolle beiden Regierungen so schnell wie möglich.

5. Die Direktoren nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrats mit beratender Stimme teil. Auf Beschluß des Rates verlassen sie die Sitzung.

Artikel 4

Der Verwaltungsrat legt die allgemeinen Richtlinien für die Arbeit des Instituts fest und überwacht dessen Tätigkeit. Er beschließt insbesondere über folgende Angelegenheiten:

1. Allgemeines Programm der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten,
2. Stellenplan und Personalordnung,
3. Haushaltsvoranschläge für Einnahmen und Ausgaben,
4. Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung im Zusammenhang mit dem von den Direktoren gemäß Artikel 5 aufgestellten Jahresbericht,
5. Vorschläge für die Verwendung der finanziellen Erträge,
6. Abschluß von Verträgen im Werte von über 10 Millionen ffrs oder in dem entsprechenden Gegenwert in anderen Währungen, wobei jedoch Anstellungsverträge nicht unter die Wertgrenze fallen,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung unbeweglichen Vermögens,
8. Festsetzung der Vergütung bei Inanspruchnahme von Erfindungen der Institutsbediensteten durch das Institut (Artikel 9 Nr. 2 des Abkommens),
9. Zuwendungen, Annahme von Schenkungen und Vermächtnissen und Abschluß von Bürgschaftsverträgen,
10. Gerichtliche Klagen,
11. Aufnahme von Anleihen,
12. alle von einem der Direktoren oder dem wissenschaftlichen Beirat vorgelegten Fragen.

Der Verwaltungsrat kann die Direktoren ausdrücklich zu einer oder mehreren der vorstehend aufgeführten Angelegenheiten ermächtigen.

Kapitel II

Die Direktoren

Artikel 5

1. Die Direktoren werden vom Verwaltungsrat mit Zustimmung der Regierungen der Vertragsparteien ernannt. Ihre Abberufung erfolgt in der gleichen Form.

2. Die Direktoren sind gemeinschaftlich mit der Durchführung der für das Institut aufgestellten allgemeinen Richtlinien beauftragt und sorgen für dessen Betrieb gemäß den Beschlüssen des Verwaltungsrats. Insbesondere vertreten sie, vorbehaltlich der Bestimmungen der Nummer 4, das Institut bei allen Handlungen gemeinschaftlich, die für dieses eine Verpflichtung mit sich bringen.

3. Soweit die Direktoren vom Verwaltungsrat ermächtigt werden, können sie Institutspersonal einstellen, einstufen und entlassen.

4. Das Institut wird gerichtlich durch einen der beiden Direktoren vertreten; dieser wird vom Verwaltungsrat bestimmt, wenn keine Einigung zwischen den Direktoren zustande kommt.

3. – Les décisions sont prises à la majorité.

4. – Le Conseil d'Administration adresse, dans les meilleurs délais, les procès-verbaux de séance aux deux gouvernements.

5. – Les Directeurs assistent, avec voix consultative, aux réunions du Conseil d'Administration. Ils se retirent sur décision du Conseil.

Article 4

Le Conseil d'Administration définit la politique générale de l'Institut et exerce un contrôle sur son activité. Il décide notamment sur les matières suivantes:

1) Programme général des travaux de recherches et d'études,
2) Effectif et statut du personnel,
3) État de prévision de recettes et dépenses,
4) Bilan et comptes de résultats accompagnés du rapport annuel établi par les Directeurs et prévu à l'article 5 de la présente annexe,
5) Propositions d'affectation des résultats financiers,
6) Conclusion des contrats, dépassant 10 millions de francs ou la contre-valeur en toute autre monnaie, les contrats de personnel ne tombant pas sous le coup de cette limitation,
7) Acquisitions, aliénations immobilières ainsi que toutes charges pouvant grever un bien immobilier,
8) Fixation de l'indemnité dans le cas où l'Institut se réserve le droit d'exploiter des inventions faites par son personnel (cf. art. 9, § 2 de la convention),
9) Subventions, acceptation de dons et legs et conclusion de contrats de cautionnement.
10) Actions en justice,
11) Emprunts,
12) Toutes questions soumises par l'un des Directeurs ou le Conseil consultatif des recherches et études.

Toutefois, le Conseil d'Administration peut par délégation expresse donner pouvoir aux Directeurs pour traiter une ou plusieurs des matières énumérées ci-dessus

Chapitre II

Les Directeurs

Article 5

1. – Les Directeurs sont nommés par le Conseil d'Administration après agrément des Gouvernements des parties contractantes. Il est mis fin à leur mission dans les mêmes formes.

2. – Les Directeurs sont conjointement chargés de l'exécution de la politique générale de l'Institut, dont ils assurent le fonctionnement conformément aux décisions du Conseil d'Administration. Ils représentent notamment l'Institut dans tous les actes qui engagent celui-ci, sous réserve des dispositions prévues au paragraphe 4 ci-dessous.

3. – Dans la mesure où ils ont reçu délégation du Conseil d'Administration, ils procèdent au recrutement ou licenciement et à la promotion du personnel de l'Institut.

4. – L'Institut est représenté en justice par un des deux Directeurs désigné, à défaut d'accord entre ceux-ci, par le Conseil d'Administration.

5. Die Direktoren treffen ihre Entscheidungen gemeinsam. Kommt eine Einigung zwischen ihnen nicht zustande, so wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag eines Direktors vor den Verwaltungsrat gebracht.

6. Die Direktoren erstatten dem Verwaltungsrat alljährlich über den Dienstbetrieb und die allgemeine Lage des Instituts Bericht. Bei wichtigen Anlässen haben sie den Präsidenten oder den Vizepräsidenten des Verwaltungsrats unverzüglich schriftlich oder mündlich zu unterrichten.

Die Direktoren dürfen ohne Genehmigung des Verwaltungsrats kein Handelsgewerbe betreiben und keine Handelsgeschäfte in anderem Namen als dem des Instituts abschließen. Sie dürfen sich ohne Genehmigung des Verwaltungsrats nicht an einer Handelsgesellschaft als persönlich haftende Gesellschafter beteiligen.

Kapitel III

Der wissenschaftliche Beirat

Artikel 6

Der wissenschaftliche Beirat unterstützt den Verwaltungsrat beratend in wissenschaftlichen und technischen Fragen.

Er kann ferner dem Verwaltungsrat Vorschläge und Anregungen unterbreiten.

Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats erhalten vom Institut keine Vergütung. Dieses erstattet ihnen lediglich die Reisekosten.

Artikel 7

Der wissenschaftliche Beirat besteht aus höchstens neun deutschen und neun französischen Mitgliedern, die von ihren Regierungen auf Grund ihrer hohen wissenschaftlichen oder technischen Befähigung ernannt werden.

Der Präsident des wissenschaftlichen Beirats wird von dessen Mitgliedern für ein Jahr gewählt; sein Amt wird von einem deutschen Staatsangehörigen wahrgenommen, wenn der Präsident des Verwaltungsrats französischer Staatsangehöriger ist, und umgekehrt.

Die Direktoren sind als solche beratende Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats können an den Sitzungen des wissenschaftlichen Beirats teilnehmen.

Artikel 8

Auf Ersuchen des Verwaltungsrats tritt der wissenschaftliche Beirat nach Einberufung durch seinen Präsidenten am Sitz des Instituts zusammen.

Kapitel IV

Finanzen

Artikel 9

Für die Geschäfte des Instituts sind die Vorschriften des Privatrechts maßgebend.

Über die Geschäftsvorgänge werden in der handelsüblichen Form Bücher geführt; die materiellen Einnahmen und Ausgaben werden in der handelsüblichen Form vorgenommen. Die Ergebnisse dieser Geschäftsvorgänge werden durch Inventuren und die Jahresbilanz festgelegt.

5. – Les décisions sont prises conjointement par les deux Directeurs. Si l'accord ne se réalise pas entre eux, le différend est porté devant le Conseil d'Administration à la demande d'un des deux Directeurs.

6. – Les Directeurs établissent chaque année un rapport rendant compte au Conseil d'Administration du fonctionnement des services et de la situation générale de l'Institut. Dans les cas importants, ils sont tenus d'informer immédiatement, par écrit ou verbalement, le Président ou le Vice-Président du Conseil d'Administration.

Ils ne peuvent sans autorisation du Conseil d'Administration exercer une profession commerciale, ni conclure des contrats commerciaux à un autre titre que celui de l'Institut. Ils ne peuvent sans autorisation du Conseil participer à une société commerciale en tant qu'associé personnellement responsable.

Chapitre III

Le Conseil consultatif des recherches et études

Article 6

Le Conseil consultatif des recherches et études assiste à titre consultatif, pour les questions scientifiques et techniques, le Conseil d'Administration.

Il peut, en outre, adresser au Conseil d'Administration des propositions ou des suggestions.

Les membres du Conseil ne reçoivent de l'Institut aucune rémunération. Seuls les frais de mission leur sont remboursés par l'Institut.

Article 7

Le Conseil consultatif des recherches et études se compose au maximum de neuf membres allemands et de neuf membres français nommés par leur Gouvernement respectif, en fonction de leur haute qualification scientifique ou technique.

Le Président, élu pour un an parmi les membres, est allemand quand le Président du Conseil d'Administration est français et réciproquement.

Les Directeurs sont, es-qualité, membres consultatifs du Conseil consultatif des recherches et études.

Les membres du Conseil d'Administration peuvent assister aux séances du Conseil consultatif des recherches et études.

Article 8

Le Conseil consultatif des recherches et études se réunit, au siège de l'Institut à la demande du Conseil d'Administration sur la convocation de son Président.

Chapitre IV

Régime Financier

Article 9

Pour la réalisation de ses opérations l'Institut suit les règles du droit privé.

Les opérations sont constatées dans les écritures selon la forme commerciale; les opérations matérielles de recouvrement et de paiement sont effectuées selon les formes en usage dans le commerce. Leurs résultats sont déterminés par des inventaires et le bilan annuel.

Artikel 10

1. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

2. Ausnahmsweise umfaßt das erste Geschäftsjahr den Zeitraum vom Tage der Gründung des Instituts bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem die Gründung erfolgt.

Artikel 11

1. Die Direktoren stellen jährlich den Entwurf des Haushaltsvoranschlags für Einnahmen und Ausgaben des folgenden Geschäftsjahres auf.

Dieser Entwurf wird bis zum 15. Juni dem Verwaltungsrat vorgelegt, der ihn bis zum 1. Juli den beiden Regierungen zur Genehmigung übermittelt.

2. Die Voranschläge für Einnahmen und Ausgaben werden darin in gesonderten Abschnitten für den Betrieb und für die Investitionen aufgeführt. Sie sind in Kapitel unterteilt. Die Haushaltsnomenklatur entspricht derjenigen des Rechnungsplans des Instituts gemäß Artikel 13.

Die im Abschnitt Investitionen eingetragenen Mittel sind als Höchstgrenze zu betrachten.

3. Sind die Voranschläge für Einnahmen und Ausgaben bei Eröffnung des Geschäftsjahres noch nicht genehmigt, so kann der Verwaltungsrat die Direktoren ermächtigen, im Rahmen der für das vorangegangene Geschäftsjahr genehmigten Ausgaben Verpflichtungen für den laufenden Betrieb einzugehen.

Artikel 12

Die Direktoren geben die Anweisungen für die Haushaltsführung und sind für sie verantwortlich.

Sie können zu diesem Zweck ihr Zeichnungsrecht einem oder mehreren vorher vom Verwaltungsrat bestätigten Institutsbediensteten übertragen.

Artikel 13

Die Bücher werden nach den Vorschriften des allgemeinen französischen Buchhaltungsplans geführt.

Der Leiter der Buchhaltungsabteilung wird auf Vorschlag der Direktoren vom Verwaltungsrat bestellt.

Artikel 14

Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und die Vorschläge über die Verwendung der Erträge werden nach Genehmigung durch den Verwaltungsrat den beiden Regierungen vor dem 1. Juli des auf den Abschluß des Geschäftsjahres folgenden Jahres übermittelt.

Artikel 15

Die Regierungen der Vertragsparteien zahlen zu Beginn jedes Vierteljahres, und zwar spätestens am 15. des ersten Monats jedes Vierteljahres, ein Viertel des für das Jahr festgesetzten Beitrags.

Die Anlegung der verfügbaren Gelder wird vom Ververwaltungsrat bestimmt.

Article 10

1. – L'exercice commence le 1er janvier et finit le 31 décembre.

2. – Par exception, le premier exercice comprendra le temps écoulé depuis le jour de la constitution de l'Institut jusqu'au 31 décembre de l'année de cette constitution.

Article 11

1. – Les Directeurs établissent chaque année le projet d'état de prévisions des recettes et des dépenses de l'exercice suivant.

Ce projet est soumis avant le 15 juin au Conseil d'Administration qui le transmet avant le 1er juillet aux deux Gouvernements pour approbation.

2. – Les prévisions des recettes et des dépenses y font l'objet de sections distinctes pour l'exploitation et les investissements. Elles sont réparties en chapitres. La nomenclature budgétaire est conforme à celle du plan comptable de l'Institut prévu à l'article 13 ci-après.

Les dotations inscrites à la section investissement ont un caractère limitatif.

3. – Si l'état de prévisions des recettes et des dépenses n'est pas encore approuvé lors de l'ouverture de l'exercice, le Conseil d'Administration peut autoriser les Directeurs, dans la limite des dépenses approuvées pour l'exercice précédent, à procéder à l'engagement des dépenses d'exploitation proprement dites.

Article 12

Les Directeurs ordonnent les opérations de recettes et de dépenses et en sont responsables.

Ils peuvent, à cet effet, déléguer leur signature à un ou plusieurs agents de l'Institut préalablement agréés par le Conseil d'Administration.

Article 13

La comptabilité s'inspire des normes du plan comptable général français.

Le chef des services de la comptabilité est nommé par le Conseil d'Administration sur proposition des Directeurs.

Article 14

Le bilan, les comptes de résultats et les propositions d'affectation des résultats approuvés par le Conseil d'Administration sont transmis aux deux Gouvernements avant le 1er juillet de l'année qui suit la clôture de l'exercice.

Article 15

Les deux Gouvernements verseront au début de chaque trimestre, et au plus tard le 15 du premier mois de chaque trimestre, le quart de la contribution accordée pour l'année.

Le placement des disponibilités est fixé par le Conseil d'Administration.

Anlage II

Finanzkontrolle

Artikel 1

Die Finanzkontrolle wird von der in Artikel 10 des Abkommens vorgesehenen Kommission ausgeübt.

Die Kommission wählt alljährlich einen Präsidenten, dem es insbesondere obliegt, die Kontrollaufgaben auf die Mitglieder zu verteilen.

Sie tritt mindestens zweimal jährlich und außerdem auf Ersuchen einer der beiden Regierungen zusammen.

Die Mitglieder der Kommission erhalten vom Institut keine Vergütung. Dieses erstattet ihnen lediglich die Reisekosten.

Artikel 2

Die Mitglieder der Kommission sind zu den weitestgehenden Nachforschungen in den Belegen und an Ort und Stelle ermächtigt. Sie können alle Mitglieder des Verwaltungsrats und alle Bediensteten des Instituts zum Erscheinen auffordern. Die geladenen Personen haben dieser Aufforderung Folge zu leisten und die gestellten Fragen zu beantworten.

Artikel 3

Die Kommission hat insbesondere den Auftrag, die Durchführung des Haushaltsplans zu überwachen sowie die Buchführung und die Finanzgebarung des Instituts zu prüfen.

Binnen neun Monaten nach Abschluß des Geschäftsjahres fertigt sie einen Bericht über die Finanzgebarung des Instituts während des abgelaufenen Geschäftsjahres an und äußert sich über die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die Richtigkeit der Buchführung.

Der Präsident der Kommission übermittelt diesen Bericht zusammen mit der Stellungnahme des Präsidenten des Verwaltungsrats und der Direktoren zu den geäußerten Bemerkungen den Regierungen der Vertragsparteien.

Bringt der Bericht ganz oder teilweise nicht die einstimmige Auffassung der Kommissionsmitglieder zum Ausdruck, so hat jedes Kommissionsmitglied das Recht, eine Darlegung seiner persönlichen Auffassung beizufügen.

Annexe II

Contrôle Financier

Article 1er

Le contrôle financier est exercé par la Commission prévue à l'article 10 de la Convention.

La Commission élit chaque année un président auquel incombe notamment le soin de répartir les missions de contrôle entre les membres.

Elle se réunit au moins deux fois par an et, en outre, à la demande de l'un des deux Gouvernements.

Les membres de la Commission ne reçoivent de l'Institut aucune rémunération. Seuls les frais de mission leur sont remboursés par l'Institut.

Article 2

Les membres de la Commission disposent des pouvoirs d'investigation les plus étendus sur pièces et sur place. Ils peuvent convoquer tous membres du Conseil d'Administration et tous agents de l'Institut. Les personnes convoquées sont tenues de déférer à cette convocation et de répondre aux questions posées.

Article 3

La Commission est plus spécialement chargée de contrôler l'exécution du budget et d'examiner les comptes et la gestion financière de l'Institut.

Dans le délai de 9 mois après la clôture de l'exercice, elle établit un rapport sur la gestion financière de l'Institut pendant l'exercice écoulé et formule son avis sur la régularité des opérations et la sincérité des écritures.

Ce rapport, accompagné des réponses faites par le Président du Conseil d'Administration et les Directeurs aux observations formulées, est transmis aux deux Gouvernements par le Président de la Commission.

Si le rapport n'exprime pas en tout ou partie l'opinion unanime des membres de la Commission, tout membre de la Commission aura le droit d'y joindre l'exposé de son opinion personnelle.

Anlage III

Liquidation

Artikel 1

Bei Auflösung des Instituts infolge einer gütlichen Vereinbarung oder infolge einer Kündigung des Abkommens ernennt die Regierung jeder Vertragspartei einen Liquidator; die Liquidatoren können ihre Tätigkeit vor dem Tage der Auflösung aufnehmen. Die Befugnisse der Liquidatoren und der Zeitpunkt der Aufnahme ihrer Tätigkeit werden von den Regierungen im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

Mit Beginn der Tätigkeit der Liquidatoren enden die Befugnisse des Verwaltungsrats und der Direktoren.

Artikel 2

Die zuständigen deutschen und französischen Behörden sind befugt, die Liquidationsbuchungen zu genehmigen und Entlastung zu erteilen.

Annexe III

Liquidation

Article 1er

En cas de dissolution résultant d'un accord amiable ou d'une dénonciation de la Convention, chaque Gouvernement nomme un administrateur liquidateur qui peut entrer en fonction avant le jour de la dissolution. Les pouvoirs des administrateurs liquidateurs et la date de leur entrée en fonction sont déterminés d'un commun accord par les Gouvernements.

L'entrée en fonction des administrateurs liquidateurs met fin aux pouvoirs du Conseil d'Administration et des Directeurs.

Article 2

Le pouvoir d'approuver les comptes de liquidation et de donner quitus appartient aux autorités compétentes allemandes et françaises.

Artikel 3

Nach Abgeltung der Schulden wird das Netto-Vermögen zwischen den beiden Staaten aufgeteilt, wobei in jedem Falle die auf französischem Hoheitsgebiet gelegenen Grundstücke und Gebäude in das Eigentum des französischen Staates übergehen.

Eine gemäß Artikel 3 Nr. 4 des Abkommens gebildete Kommission setzt auf Grund der Jahresabschlußbilanz des Instituts den Wert der in gemeinsamer Übereinkunft jedem Staat zuerkannten Vermögenswerte des Instituts einschließlich der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Vermögenswerte fest sowie den Betrag der Ausgleichsentschädigung, die ein Staat dem anderen gegebenenfalls zu leisten hat.

Article 3

Après règlement des dettes, l'actif net est partagé entre les deux États, l'État français entrant dans tous les cas en possession des terrains et bâtiments situés sur son territoire.

Une commission composée selon les règles fixées à l'article 3, paragraphe 4 de la Convention, déterminera, sur la base du bilan de clôture de l'Institut, la valeur des biens de l'Institut, y compris ceux visés au 1er alinéa du présent article, attribués d'un commun accord à chacun des États et le montant de l'indemnité compensatrice qui pourrait être due par l'un des États à l'autre.

Anlage IV

Schiedsverfahren

1. Wird eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder seiner Anlagen I, II und III nicht durch unmittelbare Verhandlungen beigelegt, so wird die Entscheidung einem aus drei Mitgliedern bestehenden Schiedsgericht übertragen. Die Vertragsparteien bestellen je einen Schiedsrichter, der aus ihren Staatsangehörigen gewählt werden kann. Der dritte Schiedsrichter wird im gegenseitigen Einvernehmen aus den Staatsangehörigen dritter Mächte gewählt, die Parteien des Nordatlantikvertrags sind.

2. Erfolgt die Ernennung der Mitglieder des Schiedsgerichts nicht binnen zwei Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem eine Vertragspartei die andere ersucht hat, die Streitigkeit dem Schiedsverfahren zu unterwerfen, so kann jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs oder — falls dieser verhindert oder deutscher oder französischer Staatsangehöriger ist — den Vizepräsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist dieser ebenfalls verhindert oder ist er Staatsangehöriger einer Vertragspartei, so wird das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofs, das erreichbar und nicht Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, ersucht, die Ernennungen vorzunehmen.

3. Die Vertragsparteien bemühen sich, innerhalb von zwei Monaten nach Ernennung der Schiedsrichter einen Schiedskompromiß abzuschließen.

Kommt ein Schiedskompromiß nicht zustande, so wird das Schiedsgericht auf Antrag einer Vertragspartei mit der Streitigkeit befaßt.

Die Schiedsrichter können Einsichtnahme in alle Akten und Unterlagen verlangen und alle Personen vernehmen, deren Anhörung für die Beilegung der Streitigkeit von Nutzen ist.

Kommt eine Einigung zwischen den Vertragsparteien nicht zustande, so wendet das Schiedsgericht zur Beilegung der ihm unterbreiteten Streitigkeit die in Artikel 38 Absatz 1 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs bezeichneten Rechtsquellen an.

4. Jede Vertragspartei übernimmt die Bezüge des von ihr ernannten Schiedsrichters. Die Bezüge des dritten Schiedsrichters sowie die Gerichtskosten werden je zur Hälfte von den Vertragsparteien getragen.

Das Gericht setzt die Kosten des Verfahrens fest.

Annexe IV

Arbitrage

1. – Si un différend concernant l'interprétation ou l'application de la présente convention et de ses annexes I, II et III n'a pu être résolu par voie de négociation directe, l'arbitrage sera rendu par un tribunal de trois membres. Les parties en nommeront chacune un qui pourra être choisi parmi leurs nationaux respectifs. Le troisième arbitre sera choisi d'un commun accord parmi les ressortissants de tierces puissances parties au Traité de l'Atlantique Nord.

2. – Si la nomination des membres du tribunal arbitral n'intervient pas dans un délai de deux mois, à compter de la demande adressée par l'une des parties à l'autre tendant à soumettre le différend à l'arbitrage, chaque partie contractante pourra demander au Président de la Cour Internationale de Justice, ou en cas d'empêchement de celui-ci ou s'il est ressortissant de la République Fédérale d'Allemagne ou de la France, au Vice-Président de la Cour Internationale de Justice, de procéder aux nominations nécessaires. Si ce dernier est également empêché ou s'il est ressortissant de l'un des États contractants, il sera fait appel au plus ancien des membres de la Cour Internationale de Justice qui puisse être joint et qui ne soit pas ressortissant de l'un des États contractants.

3. – Les parties s'efforceront de rédiger un compromis dans un délai de deux mois après la nomination des arbitres.

À défaut de compromis, le tribunal arbitral sera saisi par requête de l'une ou l'autre des parties.

Les arbitres pourront demander la communication de toutes pièces et documents et entendre toutes personnes dont l'audition serait utile au règlement du différend.

À défaut d'accord entre les parties, les arbitres appliqueront pour régler les différends qui leur seront soumis, les sources de droit énumérées au paragraphe 1er de l'article 38 du Statut de la Cour Internationale de Justice.

4. – Chacune des deux parties contractantes prend à sa charge la rémunération de l'arbitre qu'elle a nommé. Celle du troisième arbitre, ainsi que les frais de fonctionnement du tribunal, sont supportés par moitié par chacun des deux États contractants.

Le Tribunal statue sur les frais de procédure.

Bo 10303 10. 58